Neue Freie Presse
29./7. 1914.

II.

dem zweiten Falle ist die Strafe zu verdoppeln; der dritte Fall zieht den Verlust des Gewerbes nach sich."

Eine schärfere Strafe sieht das Gesetz vor, wenn diese Uebertretung zu einer ernsten Zeit begangen wird. § 484 lautet: „Wenn die im § 482 angeführte Verheimlichung oder Weigerung zur Zeit einer öffentlichen Unruhe geschieht, so ist der Schuldige, wenn sich in seiner Handlung nicht ein Verbrechen darstellt, nebst dem Gewerbsverluste mit ein- bis sechsmonatlichem strengen Arrest zu bestrafen."

Einzelne der heute gemeldeten Vorkommnisse fallen klar und deutlich unter diese Bestimmungen. Sollte sich übrigens zeigen, daß die heute unternommenen Versuche nicht vereinzelt bleiben oder Wiederholung finden, so wird man nicht zögern, für den Marktverkehr Taxordnungen zu erlassen. Die Maßnahme kann auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung durch die politische Landesstelle im Einvernehmen mit der betreffenden Ortsbehörde erfolgen. Die Verletzung dieser Preistarife ist durch den § 479 des Strafgesetzes unter Strafsanktion gestellt. Sollte sich zeigen, daß die Approvisionierungsgewerbe den amtlichen Preistarif nicht einhalten können und einfach die Beschickung des Marktes ablehnen, so ist Vorsorge getroffen, daß die Approvisionierung durch die öffentlichen Stellen erfolgen kann, und nach den Mitteilungen der Vertreter der Stadt Wien ist die Gemeindeverwaltung auch für den Fall, als dies notwendig werden sollte, gerüstet.

Man soll jedoch in erster Linie daran festhalten, daß eine Beunruhigung wegen der Approvisionierung Wiens nicht am Platze ist, und man wird sich davon überzeugen können, wenn die eine oder die andere der in den permanenten Komiteesitzungen beschlossenen Maßregeln in Kraft gesetzt werden sollten. Die Komiteesitzungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Eine Obmännerkonferenz beim Bürgermeister.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Höß und Rain fand heute mittag im Rathause eine Obmännerkonferenz der im Gemeinderate vertretenen Parteien statt. Für den Bürgerklub erschien Oberkurator Steiner, für die liberale Gruppe die Gemeinderäte Professor Goltz, Doktor Schwarz-Hiller, Medizinalrat Dr. Loewenstein, für die sozialdemokratische Fraktion die Gemeinderäte Neumann und Winarsky.

Der Bürgermeister erklärte einleitend, daß er für morgen nachmittag eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates behufs Stellungnahme zu den ernsten Ereignissen, die sich in diesen Tagen abgespielt haben, einberufen habe. Er behalte sich vor, in seiner Ansprache einen Appell an die Bevölkerung Wiens zur Mitarbeit bei den schweren und verantwortungsvollen Aufgaben, die nunmehr die Gemeindeverwaltung zu erfüllen habe, zu richten. Die Vertreter der Sozialdemokraten erklären, mit Rücksicht auf ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen den Krieg, an dieser Kundgebung nicht teilnehmen zu können, jedoch ihre Mitarbeit für die notwendigen Gemeindemaßnahmen dem Bürgermeister zur Verfügung stellen zu wollen. Die Vertreter der liberalen Partei erklärten, an der Kundgebung teilzunehmen und selbstverständlich ebenfalls mit allen ihren Kräften den Bürgermeister unterstützen zu wollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erörterte sodann die von ihm bereits getroffenen oder eingeleiteten Approvisionierungsmaßnahmen, welche nach eingehender Erörterung gutgeheißen wurden. Ferner legte der Bürgermeister die Normen vor, nach denen die zur Militärdienstleistung einberufenen städtischen Angestellten behandelt werden sollen. Eine eingehende Diskussion entspann sich über die Frage der Einführung von Maximaltarifen und der Bürgermeister versprach, einen Appell an die Gewerbetreibenden zu richten, sich der Preistreibereien zu enthalten. Die Erstellung von Maximaltarifen wurde einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

Ueber Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller wird der Bürgermeister an die Finanzlandesdirektion wegen kulantester Behandlung der Steuerträger herantreten.

Die zur Sicherung der Wasserleitungen vom Gemeinderatspräsidium getroffenen Maßnahmen wurden einstimmig genehmigt.

Weiter wurde im Prinzip beschlossen, eine Zentralstelle zur Sammlung von Spenden und Liebesgaben für die Familien der im Felde Stehenden und für die Verwundeten zu schaffen. Es wurde dem Bürgermeister überantwortet, mit dem Landmarschall von Niederösterreich Prinzen Liechtenstein und dem Statthalter Freiherrn v. Bienerth das Einvernehmen wegen Organisierung einer solchen Zentralstelle zu treffen, durch welche zwar der Sammeltätigkeit von physischen und juristischen Personen kein Abbruch geschehen, aber die Kontrolle der eingelaufenen Spenden gewährleistet und die zweckmäßigste Verwendung gesichert werden soll.

Der Bürgermeister dankte zum Schlusse den Erschienenen und erklärte der Mitwirkung der Obmännerkonferenz in den bevorstehenden schweren Zeiten sich versichert zu halten.

Aufruf des Bürgermeisters gegen die Preissteigerung.

Der Bürgermeister hat folgenden Aufruf erlassen:

„Wie ich den heutigen Berichten des Marktamtes entnehme, hat auf einzelnen Märkten und in einzelnen Geschäftsläden der Bezirke eine geradezu unerhörte, durch nichts gerechtfertigte Preissteigerung wichtiger Konsumartikel stattgefunden.

Ich sehe mich veranlaßt, gegen ein derartiges eigennütziges Treiben meine mahnende Stimme zu erheben und an den Gemeinsinn aller Bürger zu appellieren, daß sie nicht den unvermeidlichen Notstand, den ohnehin jeder Krieg im Gefolge hat, durch solche Akte verschärfen. Ich erwarte, daß meine Mahnung von Erfolg begleitet sein wird, da ich sonst genötigt sein werde, von den mir durch Gesetze und Verordnungen eingeräumten Mitteln rücksichtslos Gebrauch zu machen.

Ich richte aber auch an die verehrlichen Hausfrauen die Bitte, nicht durch unnötige Vorankäufe die Marktlage zu erschweren und dadurch unbeabsichtigten Anlaß zu Preiserhöhungen zu bieten.

Regierung und Gemeinde sind an der Arbeit, um nach Kräften alles aufzubieten, damit die Approvisionierung Wiens auch in diesen ernsten Zeiten gesichert werde.

Wien, am 28. Juli 1914.

Der Bürgermeister: Dr. Richard Weiskirchner."

Die Approvisionierung Wiens durch den Donauverkehr.

Der Bürgermeister hat heute eine längere Konferenz mit dem Hofrat v. Csatary der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und dem Direktor Hofrat Dr. v. Bardas der Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft gehabt, in welcher eingehende Maßnahmen für die Approvisionierung Wiens durch den Donauverkehr besprochen wurden. Der Bürgermeister hat im Verfolge dieser Besprechungen auch an den Präsidenten Prochaska des Schifferverbandes die Bitte und einen Aufruf gerichtet, damit außer Dienst befindliche Schiffsmannschaften, insbesondere Steuerleute, sich wieder zur Dienstleistung melden, damit die durch die Einrückungen sich ergebenden Abgänge ersetzt und der Verkehr mit vollem Umfange aufrecht erhalten werden könne. Die Vertreter der beiden Schiffahrtsgesellschaften erklärten dem Bürgermeister ihre volle Bereitwilligkeit, dem Approvisionierungsdienste der Stadt Wien nach Kräften sich widmen zu wollen.

Ein Antrag auf Aufhebung der Lebensmittelzölle.

Der Bürgermeister hat an die dem österreichischen Städtetage angehörenden Statutargemeinden sowie an die Stadtvertretung von Budapest nachfolgende Zirkulardepesche gerichtet: „Wegen der Möglichkeit drückender Preissteigerungen in wichtigen Lebensmitteln sehe ich mich veranlaßt, an die Regierung heranzutreten, sie wolle sofort die Eingangszölle auf Getreide, Mehl, Vieh und Fleisch für Lieferungen an autonome Körperschaften zu gemeinnützigen Approvisionierungszwecken zeitweilig herabsetzen. Ich lade die verehrliche Stadtvertretung ein, sich diesem meinem Schritte anzuschließen und unverweilt eine entsprechende Petition bei der Regierung zu überreichen."